

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Geschäftsstelle
Breitengasse 25.
Besuchsstunden der Redaction:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-8 Uhr.

Wir die Redaktion ergebene Klagen
gegen uns an die Staatsanwaltschaft
nicht nehmen.

Abnahme der für die ständ-
tliche Kammer bestimmten
Dienste an Wochentagen bis
10 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 7 1/2 Uhr.

In den Aften für die Anzeigen:
L. B. Meyer, Unterwasserstr. 22,
S. H. Meyer, Unterwasserstr. 18, p.
bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 331.

Donnerstag den 27. November 1879.

73. Jahrgang.

Anlage 16.000.

Abonnementpreis viertel 4 1/2 Rthl.,
incl. Postgebühren 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.

Bestellen für Extrablätter
ohne Postgebühren 30 Pf.
mit Postgebühren 40 Pf.

Insolent 50 Pf. Zeitungs 20 Pf.
Größere Schriften laut unferem
Preisverzeichnis. — Tabellen/Zeit
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Rubrications-
tarif die Spalte 40 Pf.
Insolent sind nach an d. Expedition
zu senden. — Nachdruck wird nicht
gegeben. Zahlung prompt. Anzeigen-
oder durch Postnachdruck.

Die Affaire Gent.

Mit dem Sturze des Herrn Thiers, für welchen sich, wenn wir die Sache recht erwägen, die französische Nation bei dem Grafen Ferry von Armin und der mit ihm verbundenen orleanistischen Clique bedanken kann, ist der letzte Römer von der Bildfläche des modernen Frankreichs verschwunden. Von der Präsidentschaft Mac Mahon's, traxigen Angebens, abgesehen, weiß die Staatskunst des gegenwärtigen Oberhauptes der Republik im Grunde nur Besorgnisse und Mißfolge an. Es ist Herr Orey und seinem Cabinet keinesweges gelungen, durch eine weise und autoritative Verwaltung Frankreich nach innen zu consolidieren. Fast jeder Tag liefert Belege dafür, daß die radicale Partei, der unglücklicherweise durch die Regierung das Zugeständniß einer ausgedehnten Amnestie für die nach Calabonien verbannten communisticen Mörder und Nordbränner zur unwirksamen Zeit gemacht wurde, Rührer als die Staatsgewalt, daß Gambetta, der heilblütige Republikaner, Herr der Situation und der Wank ist, welchem die Massen blind ergeben sind. Eine politische Rundreise dieses leidenschaftlichen Politikers, eine einzige Wanderrede des Herrn Kammerpräsidenten genügt, wenn die gesammte officielle Welt und die ganze öffentliche Meinung Frankreichs in Bewegung zu setzen. Bald dreißig im Angriff, bald scham im Zurückweichen, gestaltet Gambetta die Politik des gegenwärtigen Cabinets in seinem Sinne, um sich die Wege für die eigene Präsidentschaft ebener zu lassen, um selbst erscheinen zu können, wenn seine Stunde gekommen ist. Eine gegenwärtig das Land in höchstem Grade erregende Affaire wird von den Gambettisten in diesem Sinne ausgebeutet; es handelt sich wiederum um eine neue partiellen Ministerkrise, die kaum hervorgerufen, sofort erfüllt zu werden pflegen, indem es bei geeigneter Veranlassung eine neue Bewegung und Unruhe hervorzurufen. Vor Kurzem wurde der Deputierte Herr Albert Gent durch die Regierung auf einen hohen von hoher Bedeutung, wir meinen zum Gouverneur der Insel Martinique, berufen. In dessen nach bevor dieser in Frankreich allgemein bekannte Mann sein Amt antreten konnte, war die Ernennung bereits zurückgezogen und der Name Gent's auf den Lippen von „ganz Paris“. Es wird notwendig sein, um den sensationellen Charakter dieses Vorganges erklärlich zu finden, sich mit den Antecedentien dieses Republikaners näher bekannt zu machen. Gent wurde im Jahre 1861 auf Grund seiner radicalen Gesinnung nach Kuba-Obis deportirt und daselbst fünfzehn Jahre festgehalten. Der Verbannete kehrte sodann nach Frankreich zurück, um später während der Dictatur Gambetta's durch diesen zum Präfekten von Marseille ernannt zu werden. Sein energisches Eintreten für die republikanische Sache erwarb ihm ein Mandat für die Nationalversammlung in Bordeaux; indes in seinem Privatleben rührte ein Schatz, vielleicht sogar ein Raub. Gent war, wenn auch indirect, im Jahre 1836 der Held eines Processes, der die französischen Gerichte und damit ganz Frankreich beschäftigte. Es lastete auf ihm der, wie es scheint dringende Verdacht, daß er zu seiner leiblichen Schwelger, die an einen Officier verheiratet war, in einem verbotenen Verhältnis gestanden habe. Gegen ihn selbst ist strafrechtlich niemals eingeschritten worden, inessen hatte der Abbe und Politiker an dieser Reminiscenz, die seine Gegner wiederholt ausbeuteten, zu leiden. Als Gent vor Kurzem zum Gouverneur von Martinique ernannt wurde, dradte Casagrac die betreffenden Gerichtspräsidenten im „Pays“ ab, während der französische Marineminister, der die Ernennung bewirkt hatte, erklärte, von diesen Betrachtungen gegen Gent nicht das Geringste zu wissen. Dieser aber ließ jegliche Berührung über sich ergehen, zum großen Leidwesen des Marine Ministers, der eine gerichtliche Reinigung von diesen Anlagen von Gent verlangte und eventual mit der eigenen Demission drohte, falls Gent der Präsident der Republik, die Ernennung Gent's anzweifeln würde. Admiral Juréguiberry hat seinen Willen im Cabinet durchgesetzt, Gent's Vocation wurde annullirt; aber die Entscheidung der Kammer, deren Mitglied der wiedererwählte Mann ist, steht noch aus, und neuer Sclandal wird nach Zusammenritt derselben diese cause celeberr noch pikanter machen. Um dem Verlangen des Admirals noch stärkeren Nachdruck zu geben, hatte auch der Minister des Innern, Ferry, seine Entlassung angeboten und erst nach der Beilegung Gent's wieder zurückgezogen. So liegt diese unerquickliche Angelegenheit zur Stunde: Gent hat 12 000 Francs aus dem Marineministerium an Uebersiedelungskosten erhalten, ein Procces auf Herausgabe dieser Summe steht in Aussicht, kurzum Gambetta und seine Trabanten finden laienbürtige Gelegenheiten

am einen neuen Sturm auf das bedenklich schwankende Cabinet eröffnen zu können. Daß dieses sich überreichlich compromittirt hat, gestehen selbst die gemäßigten Blätter Frankreichs zu; die „Affaire Gent" wird somit möglicherweise zum Negel am Sarge des Ministeriums Waddington werden. Aller Welt aber wird auch durch diese Zwischenfälle offenbar werden, daß im modernen Frankreich catonische Bürgerthug fast noch seltener zu finden ist, als ebend zur Zeit des Verfalls der Republik im alten Rom. Eine Republik ohne Republikaner ist ein strophisches Staats-Phantom: Herr Gambetta mag dies einsehen wollen oder nicht! Sicherlich wird ihm, wenn seine Stunde gekommen ist, der Genius des französischen Volkes deraaleinst zuraufen: „Was haben Sie aus Frankreich gemacht?"

Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. November.

Ein gestern nach Schluß der Redaction eingegangenes officiell angekauftes Telegramm des Wolschen Bureau hat den Leser darüber berichtet, daß die Fractionen des preussischen Landtages an die Lösung der Eisenbahngarantiefrage mit Eile herangetreten sind. Die vorläufigen Verhandlungen unter den der Eisenbahnvorlage im Princip günstig gestimmten Fractionen haben bereits so viel Uebereinstimmung ergeben, daß an einer vollen Verständigung nicht zu zweifeln sein wird, und auch die Zustimmung der Regierung zu derselben wird mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden dürfen. Die Garantien, über welche eine Verhängung angebahnt ist, bestehen einmal in den Fortschritten gegen ein allzu hartes Schwanken der Eisenbahneinnahmen und für eine Angleichung der jeweiligen Betriebsergebnisse von der Errichtung eines Reserverfonds im Falle von Ueberschüssen, eines zur Deckung etwaiger Rücknahmen und zur Tilgung der Eisenbahnschulden zu verwenden ist. Was die Tariffage betrifft, so sollen die Normaltarife dem Landtag vorgelegt werden und vermöge ihres Zusammenhanges mit dem Etat der Mitwirkung derselben unterliegen. Jede Abweichung von diesen Tarifen soll der Genehmigung (nicht Beschlußfassung) eines Landes-Parlamentes unterliegen müssen, der drei Mitglieder der Beisitzung, die drei Mitglieder des Abgeordnetens und des Herrenhauses und Vertreter des Finanz-, Handels- und Landwirtschaftsministeriums zu bestehen hätte. Hinsichtlich dieser Grundzüge, auf deren Einzelheiten wir noch zurückkommen werden, haben sich die conservativen Fractionen und die Nationalliberalen vorläufig verständigt. Die schließliche Haltung des Centrums ist noch immer zweifelhaft; die Haltung der Centrumsmitglieder in der Commission war eine durchweg ablehnende. Die Commission wird voraussichtlich in den nächsten Tagen die Garantiefrage erledigen. Was nun die Taktik des Centrums special betrifft, so erhalten wir den folgenden Specialbericht, der ein bemerkenswerthes Interesse darbietet:

„Mit Betretten wird im Regierungslager constatirt, daß die Zahl der Gegner in der Eisenbahncommission mit jeder Vorlage gemachsen ist. Einen Schluß daraus auf die Resultate der Verhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses zu ziehen, mag nicht unbedeutend erscheinen, obwohl von keiner Seite bezweifelt wird, daß sämmtliche Kaufverträge schließlich mit größerer oder kleinerer Majorität angenommen werden. Ob dieser Umstand den Ultramontanen den Muth verleiht, nicht nur in der Commission, sondern auch im Plenum gegen die Verstaatlichung aller Bahnen zu stimmen, wird noch von anderen Dingen abhängen. Indem sie gegen die Eisenbahnpolitik des Reichstanzlers in der Commission stimmen, geben sie nach Berlin hin zu bedenken, daß dies zwar nicht ihre Abkündigung im Plenum bedeutet, wohl aber das Centrum nöthige, die Taktik des Abwartens in Bezug auf irrendpolitische Concessionen endlich fallen zu lassen. Damit signalisieren sie, in welche Sinne ihre Entscheidungen auch im Reichstage special in der Reichstagskommission fallen werden. Es geht nicht mehr an, äußern ihre Anstrengungen, daß die Ultramontanen länger noch als Dupes der Regierungspolitik erscheinen können, weil sonst die traurigen Folgen eines solchen Verhaltens unsehbar die Wähler kuzig machen und die katholische Welt über die wahren Intentionen des Centrums ins führen müßten. Wie in parlamentarischen Krisen verurteilt, beachtlichen die Centrumsliefer, bei der am Mittwoch stattfindenden Diskussion der Garantiebedingungen solche Forderungen aufzustellen, deren Annahme seitens der Regierung unmöglich ist. Nicht nur in Bezug auf den Reserverfonds, sondern auch betreff des Eisenbahntarifs sollen sie grundsätzliche Bestimmungen verlangen, die einen Eisenbahnstaat im Staate combinieren können und deren Ausführung die Prärogative der Krone in hohem Grade beeinträchtigen müßte. Ob es das Centrum mit diesen Forderungen so ernst nimmt, als es den Anführer hat, wollen wir abwarten. Von anderer Seite wird behauptet, die Ultramon-

tanen seien noch nicht über ihre Stellung zu den Garantieforderungen (schlüssig geworden?). Sie würden erst die Erklärungen der Minister Maybach und Bitter abwarten und sich bis dahin (ohne eigene Vorschläge einzubringen) ablehnend gegen jene der Conservativen und Nationalliberalen verhalten. Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls haben die Reichstagen zwischen den zwei bekannten Verbänden: dort mit ihren erwarteten kirchenpolitischen Concessionen der Regierung und dem erzwungenen Zusammengehen mit den Conservativen, hier mit ihrer oppositionellen Ungebild, gestreift durch ein Telegramm aus Rom, welches die Verhandlungen zwischen Jacobi und zwei preussischen Delegirten in Wien als nahe geküchert meldet. Begreiflich ist es, daß die Mehrzahl der ultramontanen Fraktion, welche die Eisenbahnvorlage als ein vollkommenes Entscheidungsobject zwischen dem Kaiser und sich betrachtet, des Momentes ungeduldig barrt, wo die Wästel endlich über die unentschiedene Situation fallen sollen."

Die beruhigenden Erklärungen, welche Minister Lucius in der Abgeordnetenssitzung vom Dienstag über die Resonancen der Regierung betreffs des Reichsstaates in Oberschlesien gab, werden nicht verfehlt, in der schwer heimgegangenen Provinz selbst, sowie anderswo einen guten Eindruck zu machen. Wenn etwas diesen Eindruck zu schwächen vermöchte, so wären es allerdings die Expectationen der Agrarier in dem strammen, wenn auch unklaren Wesen des Hg. v. Ludwig, der sich des Behalls von der conservativen Seite des Hauses erfreute. Inzwischen macht sich — wie man uns berichtet — außerhalb des Abgeordnetenhauses der Wunsch lebhaft geltend, daß auch die private Wohlthätigkeit durch eine angemessene Organisation in den Nothfällen eingreifen möchte. Dementsprechend wird ein aus Berlin lebendes Oberschlesien zusammengesetztes Comité in den nächsten Tagen in Beratung treten, um den Impuls zu Sammlungen zu geben, falls die von der Regierung ergriffenen Maßregeln sich nicht als ausreichend erweisen sollten.

Die Tagesgeschichte stellt es an Ueberraschungen nicht fehlen zu lassen. Noch mehr unvorhergesehen als der dänische Besuch kam gestern Nacht mittig den Berliner die Mittheilung, daß der Kronprinz des deutschen Reiches special aus Anlaß dieses Besuchs am Donnerstag aus Italien, zugleich mit der Kaiserin, die von Coblenz zurückführt, in der Kaiserstadt eintreffen wird. Daß die Kaiserin wegen der seltenen Gäste zurückkommen würde, konnte man voraussehen, denn sie braucht ihren gewöhnlichen Herbstausflucht nur um einige Tage abzukürzen. Von dem Kronprinzen aber war bisher stets gesagt worden, daß er vor Weihnachten keinesfalls zurückkehren werde. Daß er seinen Reiseplan geändert, sieht man, wie uns berichtet wird, aus dem Wunsch nach einer Ausbuchtung mit dem Herzog von Cumberland günstig Zeichen an. Die Hauptfrage ist und bleibt, ob Preußen zugeben kann, daß die Welschen im Herzogtum Braunschweig die Nachfolge erhalten. Bei Hofe soll man dem weniger Widerstand entgegensehen, als anderswo. So weit unsere Information.

Die Anwesenheit der russischen Gäste in Berlin erfährt noch immer und zwar besonders seitens der Regierungsofficie Commentare. So hat die offizielle Wiener „Wochenzeitung“ über den Besuch des Großfürsten Thronfolger in Berlin „von ausgedehnter Seite“ ein Schreiben erhalten, dessen Schluß mittheilendwerth erscheint: „Daß der Reichstanzler anlässlich der Anwesenheit des Großfürsten Alexander nach Berlin kommen werde, hat wohl Niemand ernsthaft erwartet. Er lag durchaus keine Veranlassung vor, der als Familienbesuch angekündigten Besuche des russischen Prinzen durch Herbeieilung des Fürsten Dismard eine außerordentliche Bedeutung und ein dann vielleicht berechtigtes Auffehen zu verleihen. Es wäre möglicherweise selbst im Falle eines Besuchs des Kaisers Alexander für den Reichstanzler keine Veranlassung vorhanden gewesen, nach Berlin zu kommen. Deutschland schlägt die Bescheidenheit um die Arbeits- frost des Fürsten Dismard zu hoch an, um zu verlangen, daß derselbe für seinen Gehalt als Decoration diene. Als König Victor Emanuel im Jahre 1873 in Berlin war, kam der Kaiser auch erst am letzten Tage und auf ausdrückliche Veranlassung in Folge eines Wunsch des Königs von Italien hier an. Ebenso muß es begreiflich scheinen, daß die unserer Regierung zugehörenden Blätter den russischen Besuch einfach als ein Hofereignis registriert haben. Daß es nicht mehr seine konnte, dafür hatte eben die russische Presse ausgiebig gesorgt, und unser Nachbar im Osten wird sich daran gewöhnen müssen, daß Deutschland die Dauerhaftigkeit seiner eigenen, vielleicht nicht ganz werthlosen Fremden- schaft von der Dauer und Jüberdauerlichkeit der Freundschaft abhängig macht, die ihm selbst erwirkt wird."

Das Wolsche Bureau meldet einige Ergänzungen zum Reichstage. Bei der im zweiten Schleswig-Holsteinischen Reichstag-Wahlkreise stattgehabten anderweitigen Wahl eines Reichstagsabgeordneten erhielten laut amtlicher Zählung von 6625 abgegebenen Stimmen der bisherige Reichstagsabgeordnete Oberpräsident von Bötticher (Reichspartei) 3014 Stimmen, Professor Dr. Hinrichs in Berlin (nat. liberal) 2711 Stimmen, Zeichenlehrer Georg Dresen in Hensberg (Handwerkspartei) 601 Stimmen und Eisenarbeiter Brämann (Soz. Dem.) 254 Stimmen. Es ist somit eine engere Wahl gewesen als bei den beiden Erstgenannten erforderlich. — Bei der für den zweiten Wahlkreis des Regierungsbezirks Gumbinnen (Ragnit-Billfallen) am 21. d. stattgehabten Reichstagsabgeordneterwahl wurden laut amtlicher Zählung im Ganzen 7659 Stimmen abgegeben. Hieron erzielte v. Sperber-Gersfallen (conservativ) 5148, Francke-Bergmannminnen (fortschritt) 2500 Stimmen. Der erstere ist sonach gewählt.

Trotz aller Freundschaftsversicherungen seitens der Diplomatie und der officiellen Logenorgane verharren Oesterreich, Ungarn und Italien in einer Art von Frontstellung. „Gewehr bei Fuß" ist die Parole, die über wie drüben, diebstalt wie jenseit der Grenze erschallt. Neuerdings meldet man aus Oesterreich von Truppenverrückungen, welche in verschiedenen an Italien grenzenden Provinzen, namentlich in Kranten und im Küstenlande stattgefunden haben. So ist für Kranten, wo bisher eine geringe Truppenzahl, kaum zwei Bataillone, gestanden, ein Brigadeführer organisiert worden, der am 20. d. den Befehl über die in Kranten nur eingekleideten Truppen übernahm. Die nun in Kranten zusammengewogene Brigade besteht aus dem Feldregiment Nr. 27, dem Reservebrigade Nr. 7, dem Dragonerregiment Nr. 5 und zwei Bataillonen des 6. Feldartillerieregiments sammt dem dazu gehörigen Munitionspark. Auch die italienischen Blätter bringen wieder einmal eine Reihe militärischer Nachrichten, die, wenn auch gerade nicht alarmierend, so doch allerlei zu denken geben. So hat die Central-Genie-Direction in Verona in neuester Zeit ihr Regiment den am Mantua gelegenen fortificatorischen Werke zugewendet, namentlich den neuerbauten Forts bei Roverbella am Lago inferiori, den Werken bei Porta cerasa und Porta pusteria, endlich dem fast befestigten Brückentempel bei Ponte San Giorgio. Diese Werke werden mit fünfzehn-Centimeter-Geschütz- und Hinterlader-Festungsgeschützen bemannet und die beste Kriegsausrüstung Mantua's gleich der für einen Waffenplatz ersten Ranges sammt der dazu gehörigen Versorgungsanstalten durchzuführen. Auch für den kleinen Platz Borgoforte am rechten Po-Flusse 2 1/2 Meilen von Mantua, an der Straße nach Reggio sind ähnliche Maßnahmen angeordnet worden. — Endlich hat die Genie-Direction in Venedig dem Kriegsinstitut die Pläne und Befestigungs-Entwürfe zur Errichtung einer Pflanzerie in den karinischen Alpen, westen der Eisenbahnstation Chiavari, vorgelegt. Die Bemessungen und Aufnahmen zu letzteren Werken geschahen im Laufe des vorjährigen Frühjahrs durch italienische Genie-Officiere, die in Eisenbahnen im Felatiale erschienen und dort als Eisenbahn-Ingenieure sich ausgaben. Der Bau der genannten Pflanzerie soll, wie berichtet wird, im nächsten Frühjahre beginnen und im Laufe des Sommers 1880 beendet werden.

Fast täglich werden wir mit nichtigendsten Telegrammen aus dem Oriente versehen. Heute meldet die „Polit. Corr." aus Konstantinopel: „Nefo Pascha, welchem in seiner Abschiedsaudienz vom Sultan der Osmanen-Orden erster Classe verliehen wurde, wird am 26. d. M. nach Philippopel zurückkehren. Nach Wiederantritt seines Amtes beabsichtigt derselbe beständig der Reinstellung der ungarisch-russischen Beziehungen energische Maßregeln zu ergreifen. — Die nächste Konferenz in der griechischen Grenzregulirungsfrage wird angeblich am 27. d. stattfinden." Auch das in Zeitungscorrespondenzen niedergelegte Nachrichtenmaterial aus der Türkei ist ohne besonderes Interesse.

Die ganz Frankreich angehtliche in hohem Grade bewegende Affaire Gent ist im heutigen Leitartikel ausführlich behandelt. Der Fall des abgesetzten Gouverneurs von Martinique steht bei den noch eingetroffenen französischen Blättern in der Tagesordnung obenan. Die Regierung hat inzwischen durch die halbofficiellen „Telegraphen" versucht, die Tragweite dieses Zwischenfalles abzuschwächen. Das Cabinet — so dieß es — habe erfahren, daß sich auf Martinique eine Partei für und wider den neuen Civil-Gouverneur gebildet habe; die Schwarzen wollten ihn unterstützen, die Weißen befehdeten; um diesen Bürgerkrieg im Reim: